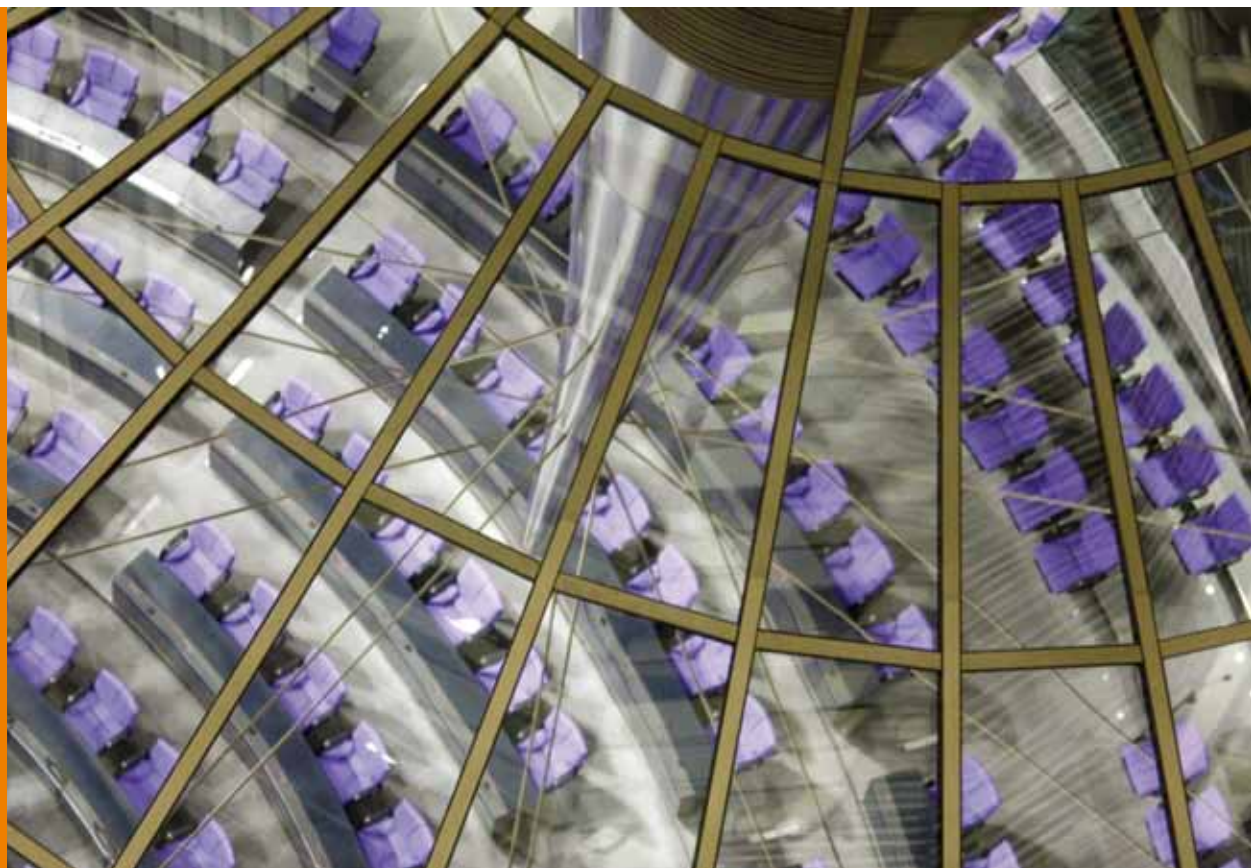


Was wollen die Parteien? – Die Entwicklungspolitik in den Programmen zur Bundestagswahl 2013

2013



Inhalt

Einleitung – 3

Zusammenfassung der Positionen – 4

1. Grundsatzpositionen – 5

2. Internationale Debatten gestalten – Strukturen verändern – 8

3. Qualität, Kohärenz und Koordinierung verbessern – 11

4. Menschenrechte und Geschlechtergerechtigkeit stärken – 13

5. Finanzierung sichern, um Armut zu reduzieren – 16

6. Klimawandel eindämmen – Anpassung unterstützen –

Energiewende fördern – 18

7. Ernährungssouveränität fördern – Hunger bekämpfen – 20

8. Soziale Grunddienste stärken – 21

9. Fragile Staaten stärken – Krisen und Konflikten vorbeugen –

humanitäre Hilfe leisten – 22

10. Entwicklungspolitische Bildungs- und Inlandsarbeit ausbauen – 24

Quellen – 25

VENRO-Mitglieder – 26

Impressum – 27

Einleitung

Entwicklungspolitische Themen spielen in Bundestagswahlkämpfen traditionell keine besondere Rolle. Aber Umfragen belegen, dass die Bekämpfung von Armut und Hunger in der Welt, die Bewältigung des Klimawandels, der Schutz der Menschenrechte sowie die Schaffung von sozialer und ökologischer Gerechtigkeit für viele Wählerinnen und Wähler von hoher Bedeutung sind.

Wie haben sich die im Bundestag vertretenen Parteien zu diesen und anderen entwicklungspolitisch relevanten Fragen programmatisch aufgestellt? Welche entwicklungspolitischen Akzente wollen sie in der nächsten Legislaturperiode setzen? Und wie groß ist die Übereinstimmung mit den Vorschlägen und Forderungen der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (NRO)?

Der Verband Entwicklungspolitik deutscher NRO (VENRO) stellt die entwicklungspolitisch relevanten Aus-

sagen der Wahlprogramme der Parteien in einer tabellarischen Übersicht dar und vergleicht sie mit den Forderungen, die der Verband an den neu gewählten Deutschen Bundestag und die nächste Bundesregierung richtet.

Damit wollen wir einen Überblick und eine Orientierung über die unterschiedlichen entwicklungspolitischen Positionen der Parteien geben und der Frage nachgehen, inwieweit zivilgesellschaftliche Forderungen und Erwartungen an die Entwicklungspolitik ihren Niederschlag in den Programmen zur Bundestagswahl 2013 gefunden haben.

Analysiert werden die Programme der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien; die Reihenfolge der Darstellung entspricht ihrer jetzigen Fraktionsstärke.

Junge beim Wasserholen in Port-au-Prince, Haiti



Zusammenfassung der Positionen

In den Grundpositionen und Werten, auf denen entwicklungspolitisches Handeln aufbauen soll, weisen alle Parteien Übereinstimmungen mit den Positionen von VENRO auf. Dies gilt insbesondere für die universell gültigen Menschenrechte, deren Bedeutung in allen Programmen stark betont wird. Positiv ist auch, dass sich fast alle Parteien für eine Zusammenführung von Entwicklungs- und Nachhaltigkeitszielen zu einem neuen globalen Rahmenwerk für die Zeit nach 2015 aussprechen.

Doch welches Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell am besten dazu geeignet ist, Armut zu überwinden, die Menschenrechte durchzusetzen und die natürlichen Ressourcen zu schützen – darüber gehen die Positionen weit auseinander. Der von VENRO eingeforderte Beitrag der Entwicklungszusammenarbeit zu einer sozial-ökolo-

gischen Transformation findet nicht in allen Programmen einen Niederschlag. Es gibt aber überall Hinweise, dass Entwicklungsmodelle infrage gestellt werden, die auf nicht reguliertem Wachstum basieren. Die Steigerung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) als alleiniges Maß für Wohlstand und Lebensqualität wird überwiegend kritisch thematisiert. Weitere Indikatoren, wie sie in der Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« entwickelt wurden, sollen hinzugezogen werden.

In Bezug auf einzelne entwicklungspolitische Ziele und konkrete Forderungen gibt es zum Teil starke Unterschiede zu den Erwartungen von VENRO – vor allem, was den Grad der Konkretisierung betrifft. So reicht beim Thema Entwicklungsfinanzierung das Spektrum von einem allgemeinen Bekenntnis zu den eingegangenen Verpflichtungen bis zu konkreten Zeit- und Finanzangaben zum Erreichen des 0,7-Prozent-Ziels. Auch das Thema Kohärenz wird teils sehr allgemein angesprochen, teils mit sehr konkreten Zielen und Vorschlägen unterlegt.

Einige aus zivilgesellschaftlicher Sicht zentrale Sektoren der Entwicklungszusammenarbeit werden in einzelnen Programmen nur sehr kurz und unzureichend abgehandelt. Das gilt vor allem für das Recht auf Nahrung und die Sicherung der Ernährungssouveränität, aber auch für Bildung, Gesundheit und soziale Sicherung.

Von allen Parteien wird die Bedeutung des Engagements der Zivilgesellschaft für das Erreichen entwicklungspolitischer Ziele hervorgehoben. Zur Förderung der entwicklungspolitischen Inlands- und Bildungsarbeit – einem wesentlichen Hebel, um das entwicklungspolitische Bewusstsein und Engagement bei uns zu erhöhen – ist aber in den Programmen wenig bis gar nichts zu finden.

Für alle politischen Kräfte gilt, dass es für das künftige Regierungshandeln vor allem darauf ankommen wird, den Stellenwert der Entwicklungspolitik zu erhöhen. Denn die Bekämpfung von Armut und Hunger, die Bewältigung des Klimawandels, die Schaffung von Frieden und Gerechtigkeit sind Querschnittsaufgaben, die alle Ressorts betreffen.

VENRO und die entwicklungspolitische Zivilgesellschaft werden der Bundesregierung und dem Parlament weiterhin kritische Begleiter sein – ganz gleich, für welche Mehrheiten sich die Bürgerinnen und Bürger am 22. September 2013 entscheiden werden.



Vietnamesische Mädchen beim Spielen

1. Grundsatzpositionen

Die kommende Bundesregierung und der neu gewählte Bundestag werden sich großen globalen Herausforderungen stellen müssen. Der Klimawandel, die Wirtschafts- und Finanzkrise, die Ernährungskrise und das anhaltende Bevölkerungswachstum erfordern eine umfassende Politikwende: Nur durch den weltweiten nachhaltigen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft kann soziale und ökologische Gerechtigkeit hergestellt werden.

VENRO erwartet von der Politik, dass sie eine menschenrechtsbasierte, geschlechtergerechte und nachhaltige Entwicklungspolitik verfolgt. Deren oberste Ziele müssen Armutsbekämpfung sowie soziale und ökologische Gerechtigkeit sein.

CDU /CSU	<p>»Die Entwicklungspolitik von CDU und CSU ist wertebestimmt und liegt zugleich im Interesse Deutschlands. Sie beruht auf unserem christlichen Bild vom Menschen und der Solidarität mit den Armen und Unterdrückten. Die Würde des Menschen steht im Mittelpunkt unseres internationalen Einsatzes für nachhaltige Entwicklung.« (S. 124)¹</p> <p>Aus dieser wertorientierten Grundlage werden die Achtung der Menschenrechte, die Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die Minderung von Armut im Rahmen einer sozial und ökologisch ausgerichteten Marktwirtschaft, die Bewahrung der Schöpfung und die Durchsetzung sowie die Erhaltung des Friedens und der Freiheit als Kernziele der Entwicklungspolitik abgeleitet.</p>
SPD	<p>Leitbild der SPD-Entwicklungspolitik ist eine globale Strukturpolitik, die die internationalen Rahmenbedingungen entwicklungsfreundlich und nachhaltig gestaltet und die großen Zukunftsaufgaben als gemeinsame Herausforderung begreift. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bilden hierbei die Grundwerte der SPD. Ziele der Entwicklungspolitik sind die Überwindung von Armut und Hunger in der Welt, der Schutz der globalen öffentlichen Güter und die Verwirklichung der Menschenrechte.</p>
FDP	<p>Entwicklungspolitik ist aus Sicht der FDP auch Friedens-, Menschenrechts- und Sicherheitspolitik. Sie trägt zur Stabilisierung fragiler Staaten und Regionen bei und wirkt präventiv gegen Konflikte. Liberale Entwicklungspolitik ist »werte- und interessenorientiert und möchte das klassische Geber-Nehmer-Verhältnis durch eine Partnerschaft auf Augenhöhe ersetzen« (S. 91). Entwicklungsländer sollen ertüchtigt werden, eigenverantwortlich für sich selbst zu sorgen und vorzusorgen.</p> <p>Ein Leben in Würde, Eigenverantwortung und Selbstbestimmung sind Ziele liberaler Entwicklungspolitik. Deshalb steht die Beseitigung der Ursachen von Armut im Mittelpunkt der Entwicklungszusammenarbeit.</p>
DIE LINKE	<p>Ausgangspunkt von Gewalt und Krieg sind aus Sicht der Partei DIE LINKE politische, wirtschaftliche und soziale Ungerechtigkeiten sowie die Konkurrenz um knappe Ressourcen. Friedliche und kooperative Lösungen setzen eine konsequente Abrüstung und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung voraus, dafür bedarf es der internationalen Solidarität.</p> <p>Gegen das etablierte Verständnis von Sicherheit stellt DIE LINKE »den Ansatz der Sicherheit vor Hunger, Ausbeutung, Armut und Gewalt« (S. 53), denn Ungerechtigkeit und Unterdrückung seien die Ursache für die Existenz gewalttätiger Gruppierungen und politische wie wirtschaftliche Destabilisierung.</p> <p>DIE LINKE will die ungerechten weltweiten Handels- und Wirtschaftsbeziehungen so verändern, dass reale Entwicklungschancen für die Menschen entstehen. Die deutsche und europäische »Entwicklungshilfe« sei oftmals an »erpresserische« Strukturreformen geknüpft und untergräbt somit eigenständige Entwicklung (S. 54).</p>
Bündnis 90/ Die Grünen	<p>Entwicklungspolitik wird im Programm von Bündnis 90/Die Grünen als Teil globaler Strukturpolitik verstanden, die auf eine weltweite menschenrechtsbasierte nachhaltige Entwicklung zielt. Ziel ist eine zukunftsfähige Entwicklungspolitik, die die Überwindung von Armut mit der Stärkung der Menschenrechte und dem Schutz der Umwelt und der biologischen Vielfalt in Einklang bringt. Armut und Ungleichheit müssen bekämpft werden, sowohl in den ärmsten und fragilen Staaten als auch in den Ländern mit mittlerem Einkommen, in denen zwei Drittel der Armen leben.</p>

¹ Die Quellenangaben bei Zitaten beziehen sich auf die Online-Versionen der jeweiligen Parteiprogramme.



Mann bei Wahlen in Osttimor

VENRO erwartet von der Politik, dass sie Entwicklungspolitik als Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation ausgestaltet und als eigenständiges Ressort für globale Strukturfragen mit den dafür notwendigen Kompetenzen und Ressourcen ausstattet.

CDU /CSU

Das Programm betont drei Aspekte von Nachhaltigkeit: Nachhaltigkeit muss in einer vernetzten und globalisierten Welt international verankert werden. Ökonomisch und finanziell nachhaltiges Wachstum erfordert es, die Verschuldungspolitik zu beenden. Der Mensch als Teil der Schöpfung muss diese schützen und den Nachkommen eine lebenswerte Welt hinterlassen. Die Entwicklungspolitik soll auch weiterhin durch ein eigenständiges und starkes Ministerium vertreten sein.

SPD

Der Wachstumsbegriff wird im Programm folgendermaßen definiert: »Unser Verständnis von Fortschritt im 21. Jahrhundert beinhaltet qualitatives Wachstum und Verbesserung der Lebensqualität, Erweiterung von Lebensmöglichkeiten und individueller Freiheit und einen verantwortungsbewussten Umgang mit den begrenzten natürlichen Ressourcen unseres Planeten.« (S. 6) Die technischen und ökonomischen Möglichkeiten müssten für eine »Green Economy« genutzt werden. Es gelte, »Wachstum und Ressourcenverbrauch absolut zu entkoppeln, die Treibhausgasemissionen zu senken und Ressourcen produktiver zu nutzen« (S. 14). Gefordert wird ein eigenständiges Bundesministerium für globale Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung mit der Zuständigkeit für globale Zukunftsaufgaben.

FDP

Im FDP-Programm wird keine Aussage über einen Ressortzuschnitt getroffen. Betont wird, dass die FDP mit der Zusammenfassung der drei Organisationen zur GIZ »die größte Reform in der Geschichte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit ins Werk gesetzt« hat (S. 91).

DIE LINKE

»DIE LINKE ist die Partei des sozial-ökologischen Umbaus der Gesellschaft.« (S. 7) Gerecht ist der ökologische Umbau nur, so DIE LINKE, wenn er auch sozial ist. Der Kampf um globale soziale Rechte müsse auch die ökologische Frage umfassen. Zur Ressortfrage wird im Programm keine Aussage getroffen.

Bündnis 90/ Die Grünen

Die Grünen wollen die Globalisierung politisch, ökologisch und sozial gestalten. Sie sprechen sich für eine sozial-ökologische Transformation vom kohlenstoffbasierten Wirtschaftssystem hin zu einer ressourcenschonenden Nachhaltigkeitsökonomie aus: »Es geht um nichts weniger als um einen grundlegenden Umbau in der Weltwirtschaft, um eine Neuvermessung des Verhältnisses von Ökonomie und Ökologie, von marktgetriebener Dynamik und politischer Regulierung, von ressourcenschonender Produktion und gerechter Verteilung auch zwischen den Geschlechtern. Es geht um eine ‚große Transformation‘.« (S. 297) Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) soll aufgewertet und zu einem Ministerium für internationale Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung werden.

VENRO erwartet von der Politik, dass sie die bisherige Messgröße zur Beurteilung des Wohlstands, das Bruttoinlandsprodukt (BIP), um soziale und ökologische Indikatoren ergänzt.

CDU /CSU	Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) allein bildet kein umfassendes Verständnis von Wohlstand ab. Wiewohl als Kennzahl für die Messung der Wirtschaftsleistung notwendig, wird ein neues Instrument gebraucht. Begrüßt werden die Vorschläge der Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« des Deutschen Bundestages. Neben dem Bruttoinlandsprodukt sollen unter anderem auch Schulden des Staates und der Privathaushalte, Beschäftigungsquote, Bildungsabschlüsse sowie Fort- und Weiterbildungsquote, Gesundheit, demokratische Mitsprache sowie Luftverschmutzung und Artenvielfalt in nationaler und internationaler Perspektive ermittelt werden.
SPD	Wohlstand und der Erfolg der Wirtschaft lassen sich nach Ansicht der SPD nicht allein am Bruttonutzenprodukt bemessen, sondern auch an einem hohen Beschäftigungsstand und einer möglichst ausgeglichenen Leistungsbilanz. Die SPD fordert die Entwicklung eines modernen Stabilitäts- und Wohlstandsgesetzes 2020, in dem vier Dimensionen der Nachhaltigkeit das Verständnis von einer zukunftsfähigen und gerechten Wirtschaft bestimmen. Durch eine Senkung der Materialintensität, der Minimierung von Abfall und durch Kreislaufsysteme will die SPD eine Entkoppelung von Wohlstand und quantitativem Wachstum erreichen. Eine Grundlage bilden dabei die Ergebnisse der Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität«.
FDP	Befürwortet wird eine ressortübergreifende und Indikatoren basierte Nachhaltigkeitsstrategie auf nationaler sowie europäischer Ebene. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) soll als klare messbare Größe für Wachstum erhalten bleiben. Daneben sollen regelmäßig die Indikatoren von Wohlstand und Lebensqualität ausgewiesen werden.
DIE LINKE	Dieses Thema wird im Programm nicht explizit angesprochen.
Bündnis 90/ Die Grünen	Eine Fixierung auf das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts als Kriterium für wirtschaftlichen Erfolg lehnen die Grünen ab. Nach Ansicht der Grünen brauchen wir einen neuen Gradmesser für Wohlstand und Lebensqualität. Dafür schlagen sie einen neuen Indikator, den »grünen Wohlstandskompass« vor, der auch soziale und ökologische Indikatoren umfasst. Diesen haben sie im Rahmen der Enquete-Kommission erarbeitet.

Kommentar

Bei den Grundwerten und Grundsatzpositionen finden sich in allen Programmen Übereinstimmungen mit den Positionen von VENRO. Dagegen bestehen bei der Frage der Notwendigkeit einer sozial-ökologischen Transformation starke Differenzen zwischen den Parteien.

In vier Programmen wird ein gestärktes, eigenständiges BMZ gefordert.

Bemerkenswert ist, dass sich vier Programme mit der Frage neuer Indikatoren zur Messung von Wohlstand und Lebensqualität befassen. Die Arbeit der Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« des Bundestages hat hier offenbar Früchte getragen.

2. Internationale Debatten gestalten – Strukturen verändern

Wenn die neue Bundesregierung im Herbst 2013 ihre Arbeit aufnimmt, werden die internationalen Verhandlungen über die künftigen globalen Nachhaltigkeitsziele (SDG) und die Zukunft der Millenniumsentwicklungsziele (MDG) in vollem Gange sein. Die Ergebnisse dieser Verhandlungen werden die künftige Kooperation zwischen Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländern maßgeblich prägen.

VENRO erwartet von der Politik, dass sie ihre Anstrengungen verstärkt, um die MDG in möglichst vielen Ländern bis 2015 zu erreichen, und auf internationaler Ebene für konkrete und messbare Entwicklungsziele für die Zeit nach 2015 eintritt. Diese müssen darauf abzielen, die Entwicklung in allen Ländern der Welt nachhaltig, menschenrechtsbasiert und geschlechtergerecht zu gestalten. Dabei erwartet VENRO von der Politik, dass sie international auf eine Zusammenführung der Prozesse zur Erarbeitung einer »Post-2015-Entwicklungsagenda« und einer »Post-Rio+20-Agenda« hinwirkt und eine treibende Rolle bei der partizipativen Erarbeitung dieser Ziele einnimmt.

CDU /CSU

Schwerpunkte sind für die CDU/CSU die Weiterentwicklung der MDG sowie die Neubestimmung von Nachhaltigkeitszielen, die zu einer einheitlichen, aufeinander abgestimmten weltweiten Verständigung auf klare und verbindliche Ziele der Entwicklungszusammenarbeit führen sollen.

SPD

Die MDG sollen mit deutschem Beitrag entschlossen verfolgt werden, damit sie bis 2015 umgesetzt werden. Dies gilt vor allem für die Bekämpfung der Mütter- und Kindersterblichkeit sowie von HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria.
Die SPD schlägt die Weiterentwicklung der MDG zu »Zielen der nachhaltigen Entwicklung« (SDG) vor (S. 116). Diese sollten Teil eines neuen Rahmenwerks für globale Entwicklungspolitik von 2015 bis 2030 sein.

FDP

Nach Ansicht der FDP ist es der Welt mit den MDG erstmals gelungen, sich auf ein gemeinsames Zielssystem festzulegen. »Die Weltagenda nach 2015 muss das Nebeneinander verschiedener Ziele überwinden und der engen Verschränkung der Herausforderungen gerecht werden.« (S. 92) Gemeinsame, aber differenzierte Verpflichtungen für Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländer sollen vereinbart werden. Nach Ansicht der FDP muss die Entwicklung der SDG auf UN-Ebene im Einklang mit dem Folgeprozess der MDG erfolgen. Dabei sind die Parlamente in die Entwicklung der Ziele einzubeziehen.

DIE LINKE

Zu diesem Thema finden sich im Programm der LINKEN keine Aussagen.

Bündnis 90/ Die Grünen

Die Grünen wollen bis 2015 verstärkt für die Erreichung der MDG eintreten. Gleichzeitig arbeiten sie daran, die Entwicklungs- und Umweltagenda zusammenzubringen, um ab 2015 mit starken, globalen Nachhaltigkeitszielen weiter für die sozial-ökologische Transformation zu kämpfen.

VENRO erwartet von der Politik, dass sie sich dafür einsetzt, dass die Vereinten Nationen (UN) reformiert und gegenüber den G8 und G20 gestärkt werden. Mittelfristig soll ein Rat für nachhaltige Entwicklung geschaffen werden, der die Umsetzung künftiger Entwicklungsziele überprüft und der UN-Generalversammlung rechenschaftspflichtig ist. Zudem müssen die Entwicklungs- und Schwellenländer stärker in den Governance-Strukturen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank repräsentiert sein.

CDU /CSU	<p>Bei der Lösung globaler Probleme will die CDU/CSU die großen Schwellenländer wie Brasilien, China, Indien, Mexiko, Nigeria und Südafrika stärker in die Gruppe der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) einbinden.</p> <p>Die CDU/CSU befürwortet Reformen der UN, um deren Handlungsfähigkeit zu stärken. Bei der Reform des Sicherheitsrates spricht sie sich für einen gemeinsamen europäischen Sitz aus. Auf dem Weg dorthin sollte Deutschland bereit sein, mit der Übernahme eines ständigen Sicherheitsratssitzes mehr Verantwortung zu übernehmen.</p>
SPD	<p>Die SPD steht für eine Stärkung des Systems der UN und unterstützt die Reform hin zu einer leistungsstarken und effizienten Organisation. Gefordert wird weiterhin ein »Globaler UN-Rat für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik«. Er soll wirtschaftliche Interessen, soziale Bedürfnisse und ökologische Notwendigkeiten aufeinander abstimmen.</p> <p>In den internationalen Finanz- und Wirtschaftsinstitutionen (Weltbank, Währungsfonds) sollen die Entwicklungs- und Schwellenländer größeres Gewicht haben. Insgesamt will die SPD die Stimmen von Entwicklungs- und Schwellenländern in der Global Governance stärken.</p> <p>Deutschland soll sich in der Welthandelsorganisation (WTO) und der Gruppe der G20 für ein gerechtes Wirtschaftsmodell sowie einen fairen, jedoch regulierten Wettbewerb einsetzen.</p>
FDP	<p>Das Engagement in den UN soll fortgesetzt werden, die Chancen neuer Formate wie die G20 genutzt werden. Gefordert wird die Reform des Weltsicherheitsrates, um die neuen Gewichte in der Welt des 21. Jahrhunderts widerzuspiegeln. Die FDP wird sich weiter für eine Stärkung und eine umfassende Reform der UN einsetzen.</p>
DIE LINKE	<p>DIE LINKE will die Stärkung und Demokratisierung der UN erreichen. Die zivilen UN-Gremien müssten effizienter gestaltet, finanziell bessergestellt und politisch gestärkt werden. Eine Militarisierung der UN wird abgelehnt.</p> <p>Fragen der globalen wirtschaftlichen Entwicklung sollten in den UN-Gremien wie dem Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) und der Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) verhandelt werden und »nicht in selbst mandatierten Zirkeln wie den G8 oder den G20« (S. 55).</p> <p>Die Legitimität des Sicherheitsrates soll durch stärkere Repräsentanz afrikanischer, lateinamerikanischer und südasiatischer Staaten sowie durch die Gleichberechtigung der Sicherheitsratsmitglieder erhöht werden. Ein ständiger deutscher Sitz im UN-Sicherheitsrat wird abgelehnt. Die UN-Generalversammlung soll mehr zu entscheiden haben.</p>
Bündnis 90/ Die Grünen	<p>Clubs wie die G8 oder G20 sind aus Sicht der Grünen nicht für einen fairen Interessenausgleich geeignet. Langfristig müssen alle zentralen Institutionen globaler Koordination und Regulierung unter das Dach der UN. Gefordert werden eine Aufwertung des Wirtschafts- und Sozialrates und die stärkere Einbindung der Zivilgesellschaft in internationale Prozesse. Schwellen- und Entwicklungsländern muss in Zukunft mehr Mitsprache in der Weltbank und im IWF ermöglicht werden. »Weltbank, Regionalbanken und der IWF sollen alternative Entwicklungsmodelle jenseits der klassischen Wachstumsmodelle erarbeiten und umsetzen helfen.« (S. 313)</p>

VENRO erwartet von der Politik, dass sie auf internationaler Ebene ausreichende Regulierungen vorantreibt, um volkswirtschaftlich schädliche Spekulationen auf den Finanzmärkten einzudämmen, Kapital- und Steuerflucht zu verhindern und Steueroasen zu schließen.

CDU /CSU	<p>Die Union tritt für eine wirksame Bekämpfung von Steuerhinterziehung, eine angemessene Besteuerung von Großkonzernen sowie strenge Regeln für die Finanzmärkte ein. »Wir wollen Regeln für jedes Produkt und jeden Akteur auf jedem Finanzmarkt.« (S. 29)</p> <p>Eine unionsgeführte Bundesregierung, so die CDU/CSU, wird auch weiterhin dafür sorgen, dass Steueroasen durch eine bessere internationale Zusammenarbeit trockengelegt werden.</p>
SPD	<p>Für die SPD gilt: »Kein Finanzmarktakteur, kein Finanzprodukt, kein Markt darf in Zukunft unreguliert sein.« (S.13) Realwirtschaftliche Investitionen müssen Vorrang gegenüber der Spekulation haben. Der Finanzsektor muss auf seine eigentliche Aufgabe, Dienstleister der Realwirtschaft zu sein, zurückgeführt werden.</p> <p>Als Maßnahmen zur umfassenden Regulierung der Finanzmärkte schlägt die SPD unter anderem die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer, strengere Eigenkapitalvorschriften bei Banken und das Verbot schädlicher Finanzprodukte vor.</p> <p>Steueroasen will die SPD mindestens europaweit trockenlegen.</p>
FDP	<p>Die FDP spricht sich für »eine wehrhafte Soziale Marktwirtschaft, eine neue Ordnungspolitik für die Finanzmärkte des 21. Jahrhunderts« aus (S. 13). Dafür brauchen wir freie, aber nicht ungeordnete Finanzmärkte. Um eine effektive staatliche Kontrolle der globalen Finanzmärkte sicherzustellen, bedarf es aus Sicht der FDP »einerseits international strenger Regeln und andererseits national und international wettbewerbsfähiger Institute, die ihrer wichtigen Finanzierungsfunktion nachkommen können« (S. 21). Dagegen können neue Steuern die Aufsichts- und Regulierungslücken im Bereich der Finanzmärkte nicht schließen. Die FDP ist gegen »Steuermodelle, die Bürokratie schaffen, nicht effektiv erhoben werden können und am Ende die Falschen treffen«. (S. 22)</p>
DIE LINKE	<p>Aus Sicht der LINKEN müssen die Banken stärker reguliert werden, risikoreiche Spekulationen sind auszuschließen. Dazu wird unter anderem vorgeschlagen: die Auflösung von Schattenbanken, die Überführung privater Großbanken in öffentliches Eigentum, die Schaffung demokratischer Kontrollinstanzen zur Bankenaufsicht sowie die Einrichtung einer öffentlichen europäischen Rating-Agentur. Der Kampf gegen Steuerflucht muss verschärft werden, unter anderem durch verbesserte Strafverfolgung gegen Steuerhinterziehung und durch Kapitalverkehrskontrollen.</p>
Bündnis 90/ Die Grünen	<p>Die Grünen wollen mit einer strikten Regulierung eine nachhaltige und gerechte Wirtschaftsordnung verankern. Maßnahmen, die die Grünen dazu vorschlagen, sind unter anderem eine gemeinsame europäische Bankenaufsicht mit einem einheitlichen Regelwerk, eine Schuldenbremse für Banken, eine Größenbremse für Banken, ein Trennbankensystem und wirksamere Haftungsregelungen.</p> <p>Für weltweite Steuergerechtigkeit und für die Finanzierung öffentlicher Güter sollen Steueroasen geschlossen und global agierende Unternehmen gezwungen werden, dort Steuern zu zahlen, wo sie produzieren und Gewinn machen.</p>

Kommentar

Vier Programme setzen sich für eine Zusammenführung von Entwicklungs- und Nachhaltigkeitszielen in einer neuen globalen Agenda für die Zeit nach 2015 ein.

Alle Programme sprechen sich für eine Stärkung der Handlungsfähigkeit der UN aus. Die Rolle der G8 und G20 wird unterschiedlich bewertet.

Die Regulierung der Finanzmärkte und die Bekämpfung von schädlichen Spekulationen und Steuerflucht werden in allen Programmen mehr oder weniger ausführlich thematisiert und mit teils sehr konkreten und detaillierten Forderungen unterlegt.

3. Qualität, Kohärenz und Koordinierung verbessern

Die Politik Deutschlands und der Europäischen Union (EU), sei es im Agrar-, Handels-, Rüstungs-, Finanz- oder Migrationsbereich, bleibt nicht ohne Folgen für Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Es muss daher sichergestellt werden, dass die Entwicklungszusammenarbeit nicht durch andere Politiken konterkariert oder wirtschaftlichen Interessen untergeordnet wird.

VENRO erwartet von der Politik, dass sie durch ressortübergreifende und institutionalisierte Verfahren sicherstellt, dass alle Sektoren der internationalen Zusammenarbeit kohärent an entwicklungspolitischen Zielen ausgerichtet sind.

CDU /CSU	Die EU soll in der Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik mit einer Stimme sprechen. Daher möchte die CDU/CSU die Arbeitsteilung zwischen den Mitgliedstaaten und der EU-Kommission verbessern.
SPD	Die multilaterale Zusammenarbeit soll gestärkt werden. Dafür muss die deutsche Entwicklungspolitik in ein europäisches Gesamtkonzept eingebettet werden. Sie muss abgestimmt und arbeitsteilig kooperieren. Betont wird die Notwendigkeit der Kohärenz von nationaler Entwicklungspolitik und globaler Umweltpolitik (Klimapolitik), der Handelspolitik und der zivilen Krisenprävention sowie der Konfliktregulierung.
FDP	Die FDP stellt fest, dass sie in dieser Legislaturperiode alle relevanten Ressorts der deutschen Außenpolitik im Rahmen eines vernetzten Ansatzes stärker koordiniert hat, als es jemals der Fall war. Die Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit, der Aufbau wirtschaftlicher Partnerschaften, die polizeiliche und rechtsstaatliche Zusammenarbeit sowie die Förderung grenzüberschreitender Zusammenarbeit zur Konflikt- und Krisenprävention sollten im Sinne eines kohärenten Politikansatzes gestärkt werden.
DIE LINKE	Das Thema Kohärenz wird im Programm der LINKEN nicht explizit angesprochen.
Bündnis 90/ Die Grünen	Die Grünen stehen für eine Politikkohärenz im Sinne von Frieden, Demokratie und einer menschenrechtsbasierten nachhaltigen Entwicklung. Dafür wollen die Grünen »regierungsweite Zielvereinbarungen, mehr Kompetenz für vernetztes Regieren, die Stärkung von Ressortkreisen, eine bessere Koordinierung der Außenpolitik durch das Auswärtige Amt und die Koordinierung der Entwicklungszusammenarbeit und aller Entwicklungsgelder durch das Entwicklungsministerium« (S. 301). Die Grünen sprechen sich dafür aus, dass alle anderen Politikmaßnahmen mit Auswirkungen auf Entwicklungsländer darauf geprüft werden müssen, ob sie den entwicklungspolitischen Zielen in die Quere kommen. Die Grünen wollen die Einrichtung einer Enquete-Kommission »Kohärenz in einer Welt im Wandel« anstoßen, die kritisch Bilanz zieht und Veränderungen für die Arbeit von Regierung und Parlament im europäischen und internationalen Kontext vorschlagen soll (S. 301).



Schulkinder im Unterricht in Osttimor

VENRO erwartet von der Politik, dass sie die auf den Konferenzen von Paris, Accra und Busan vereinbarten Prinzipien zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit umsetzt und die Entwicklungszusammenarbeit stärker an Wirkungen orientiert. Die Transparenz der deutschen Entwicklungszusammenarbeit muss erhöht werden, indem die Öffentlichkeit jährlich detailliert und vollständig über Höhe und Verwendung der finanziellen Mittel (nach Ländern, Sektoren und Projekten gegliedert) informiert wird.

CDU /CSU	Die CDU/CSU will die Wirkung der eingesetzten Gelder erhöhen. Der Einsatz von Entwicklungsmitteln soll – wo möglich – an das Vorliegen vereinbarter Ziele und Wirkungen geknüpft werden. Dies soll die Eigenverantwortung der Empfänger fördern und die Akzeptanz in unserem Land aufgrund nachgewiesener Erfolge erhöhen.
SPD	Das Thema »Wirksamkeit der EZ« wird im Programm nicht explizit angesprochen.
FDP	Für die FDP steht die Wirksamkeit der Entwicklungspolitik an erster Stelle. Die FDP will weiter für effiziente Strukturen in der Entwicklungszusammenarbeit arbeiten, damit jeder Euro maximale Wirkung erzielt. Mit dem unabhängigen Evaluierungsinstitut der deutschen Entwicklungszusammenarbeit wurde im November 2012 der Schlussstein zu dieser Reform gesetzt.
DIE LINKE	Das Thema »Wirksamkeit der EZ« wird im Programm nicht explizit angesprochen.
Bündnis 90/ Die Grünen	Die Grünen sprechen sich dafür aus, nicht nur mehr Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen, sondern die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit auch effizienter als bisher einzusetzen. Die Menschen in Deutschland sollen wissen, wofür ihre Steuermittel zur Armutsbekämpfung eingesetzt werden. Die Grünen wollen mehr gemeinsame und transparentere Entwicklungsprogramme in der EU und den UN unter einer verantwortlichen Einbeziehung unserer Partnerländer und der Zivilgesellschaft.

Kommentar

In keinem der Programme wird auf die Prinzipien und Ergebnisse der Konferenzen von Paris, Accra und Busan zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit Bezug genommen. Das ist angesichts der Bedeutung dieser Konferenzen für die internationale Debatte über die Erhöhung der Wirksamkeit erstaunlich.

4. Menschenrechte und Geschlechtergerechtigkeit stärken

Entwicklungspolitik muss einen Beitrag zur Umsetzung der bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte leisten. Hierzu hat sich Deutschland in zahlreichen internationalen Abkommen verpflichtet. Eine besondere Rolle kommt dabei den Rechten von Frauen und Mädchen zu, denn sie machen nach wie vor die Mehrheit der Menschen aus, die in Armut leben und keinen Zugang zu wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ressourcen haben. Menschenrechtliche Standards müssen daher die Grundlage aller entwicklungspolitischen Aktivitäten bilden, unabhängig davon, ob diese im politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Bereich stattfinden.

VENRO erwartet von der Politik, dass sie Menschenrechte und die Gleichstellung der Geschlechter stärker in den Fokus der Entwicklungszusammenarbeit rückt und bestehende menschenrechtliche Vereinbarungen umsetzt.

CDU /CSU

Betont wird das weltweite Engagement für die universellen und unteilbaren Menschenrechte, beruhend auf dem christlichen Menschenbild und dem Verfassungsgebot, die unantastbare Würde des Menschen zu achten und zu schützen. Die CDU/CSU wird auch künftig die zu Gebote stehenden Mittel einsetzen, um Menschenrechte zu verteidigen.

Des Weiteren will sich die CDU/CSU für die weltweite Abschaffung der Todesstrafe und das Verbot der Folter engagieren. Sie will Menschenhandel, Sklaverei, Organhandel, Zwangsprostitution und Zwangsverheiratung bekämpfen und tritt weltweit für die Pressefreiheit ein.

Die CDU/CSU setzt sich für die Stärkung der Instrumente und einen höheren Stellenwert des Menschenrechtsschutzes der UN ein. Sie macht sich stark für die Arbeit des Internationalen Strafgerichtshof und dessen Unterstützung durch die Staatengemeinschaft. Der Menschenrechtsrat der UN solle weltweit glaubwürdig gegen Menschenrechtsverletzungen vorgehen.

Die Durchsetzung der Rechte von Mädchen und Frauen will die CDU/CSU zu einer Querschnittsaufgabe deutscher Entwicklungszusammenarbeit machen.

SPD

Ziel der SPD ist es, auf die Verwirklichung wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und politischer Menschenrechte hinzuwirken und demokratische Beteiligung und Rechtsstaatlichkeit zu fördern.

Für die SPD sind Frauen zentrale Akteurinnen der Entwicklungsprozesse, deren persönliche, gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Selbstbestimmungsrechte zu stärken sind. Unter anderem soll dies durch den Zugang zu Familienplanung und durch die Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen in jeder Form erfolgen.

Die SPD führt als einen zentralen Punkt ihrer Agenda die Bekämpfung der weltweit stattfindenden vielfältigen Verletzungen der Menschenrechte von Frauen an. Dazu zählen: systematische Diskriminierung, häusliche Gewalt, die schrecklichen Verletzungen von Frauen durch Genitalverstümmelung, Zwangsheirat, Menschenhandel oder fälschlich genannte »Verbrechen im Namen der Ehre« (S. 114).

FDP

Bezogen auf die Menschenrechte heißt es: »Die Wahrung der Menschenrechte ist und bleibt für Liberale vorrangig. Das haben wir mit der Einführung einer verbindlichen Menschenrechts-Kontrolle für Entwicklungsprojekte unter Beweis gestellt.« (S. 90)

Eine kulturelle Relativierung des Menschenrechtsbegriffs wird abgelehnt und die effektive Durchsetzung von rechtsstaatlichem Handeln in den internationalen Beziehungen gefordert. Das Instrument einer verbindlichen Menschenrechts-Kontrolle für Entwicklungsprojekte soll auch in Zukunft angewandt werden. Die FDP tritt ein für die weltweite Ächtung von Menschenhandel, Kinderarbeit, Zwangsarbeit, Zwangsprostitution und den Einsatz von Kindersoldaten.

DIE LINKE

Für DIE LINKE ist die weltweite Achtung und Durchsetzung der Menschenrechte dem Gewaltverbot der UNO-Charta untergeordnet. Sie lehnt ab, dass Menschenrechte gegen das Völkerrecht ausgespielt und als

► DIE LINKE	<p>Kriegsbegründung missbraucht werden. Menschenrechte sind universell und unteilbar. Alle Menschenrechte – einschließlich der sozialen, kulturellen und ökologischen – müssten uneingeschränkt und weltweit für alle Menschen gelten.</p> <p>Eine besondere Rolle spielt die Gewalt gegen Frauen in Kriegs- und Krisengebieten. Gefordert wird eine »verbindliche Festschreibung der Konfliktprävention und -aufarbeitung, die Strafverfolgung, der zivile Schutz von Menschenrechten sowie die Garantie sozialer Rechte« (S 40). Die vielfältigen Formen von Menschenhandel und sexueller Ausbeutung sollen aktiv bekämpft werden.</p>
Bündnis 90/ Die Grünen	<p>Die Grünen betonen Entwicklung und Menschenrechte als Grundlagen für Frieden und Freiheit. Sie befürworten ein Ende der Straflosigkeit bei schwersten Menschenrechtsverletzungen durch die Stärkung des Internationalen Strafgerichtshofs und des Völkerstrafrechts.</p> <p>Strategien werden gefordert, die Armut und Gewalt überwinden und dabei darauf abzielen, die Rechte von Frauen und Mädchen zu stärken, ihre (Zugangs-)Chancen zu erhöhen und die Machtunterschiede zwischen den Geschlechtern zu verringern.</p> <p>Weil Armut nicht geschlechtsneutral ist, sollen Entwicklungsgelder verstärkt für bessere Bildung und gleiche Chancen von Frauen und Mädchen eingesetzt werden. Unterstützt wird die Stärkung und Beteiligung von Frauen im Sinne der UN-Resolution 1325, in der die Konfliktparteien dazu aufgerufen werden, die Rechte von Frauen zu schützen.</p> <p>Die menschenrechtliche Kohärenz soll zum Beispiel durch ressortübergreifende Länderstrategien für Partnerländer der Entwicklungszusammenarbeit sichergestellt werden.</p>

VENRO erwartet von der Politik, dass sie einen Beschwerdemechanismus für Personen einrichtet, die ihre Menschenrechte zum Beispiel durch die Tätigkeit transnationaler Konzerne verletzt sehen.

CDU /CSU	Das Thema wird im Programm nicht explizit angesprochen.
SPD	Das Thema wird im Programm nicht explizit angesprochen.
FDP	Durch die Ratifizierung des Zusatzprotokolls zum UN-Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte will die FDP Einzelpersonen die Möglichkeit geben, ihre persönlichen Rechte vor einem internationalen Gremium einzuklagen.
DIE LINKE	<p>Die Bundesregierung sollte – was sie bislang verweigert – das Zusatzprotokoll zum Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte unterzeichnen, welches Einzelpersonen bei Verletzung der Menschenrechte den Beschwerdeweg bei den Vereinten Nationen ermöglicht.</p> <p>Deutsche Konzerne müssten verpflichtet werden, die sozialen und demokratischen Rechte weltweit zu wahren. DIE LINKE fordert hierfür zum Beispiel eine gesetzliche Verpflichtung zur Offenlegung aller Zulieferer für deutsche Firmen. Betroffene aus den Ländern des Südens sollen gegen Konzerne auch an deren Heimatstandorten klagen können.</p>
Bündnis 90/ Die Grünen	Die menschenrechtlichen Verpflichtungen von Unternehmen wollen die Grünen durch verbindliche Regelungen und bessere Klagemöglichkeiten für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen, die durch Unternehmen verursacht wurden, stärken.



Mitglieder eines Netzwerks für Rechte alleinstehender Frauen in Indien

VENRO erwartet von der Politik, dass sie die Rechte und Belange von ethnischen, religiösen und sexuellen Minderheiten sowie von marginalisierten Gruppen, wie Menschen mit Behinderungen, Migranten, Kindern, Jugendlichen und alten Menschen, im Dialog mit Partnerregierungen und in der Umsetzung der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit konsequent durchsetzt.

CDU /CSU	Besonderes Anliegen der CDU/CSU ist die Solidarität mit benachteiligten und unterdrückten religiösen Minderheiten. Die CDU/CSU tritt weltweit für Religionsfreiheit aller ein und wendet sich gegen jede Form des Antisemitismus.
SPD	Die SPD betont, dass auch Kinder, Menschen mit Behinderungen sowie kranke und alte Menschen ein Recht auf ein Leben in Würde und Selbstbestimmung haben, das zu häufig nicht respektiert wird. Die SPD tritt aktiv für die Menschenrechte von religiösen und ethnischen Minderheiten ein, die häufig zu Opfern politischer Konflikte und sozialer und wirtschaftlicher Spannungen in den Krisengebieten der Welt werden.
FDP	Die FDP wendet sich gegen »jegliche Diskriminierung aufgrund von Religion, ethnischer Herkunft, Geschlecht, Behinderung, Alter oder sexueller Orientierung« (S.84). Zudem wird der Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender und Intersexuellen in der Außen- und Entwicklungspolitik entgegnet.
DIE LINKE	DIE LINKE betont, dass die Menschenrechte universell und unteilbar sind. Alle Menschenrechte – einschließlich der sozialen, kulturellen und ökologischen – müssen uneingeschränkt und weltweit für alle Menschen gelten.
Bündnis 90/ Die Grünen	Die Grünen setzen sich ein für ein Ende von ausbeuterischer Kinderarbeit und für Menschen, die wegen ihrer sexuellen Identität, ihres Wunsches nach Selbstbestimmung, ihres Geschlechts, ihrer Religion oder Ethnie oder weil sie politisch aktiv sind verfolgt und bedroht werden. Die Grünen treten gegen die Diskriminierung von Schwulen, Lesben und bi- und transsexuellen Menschen ein und möchten mehr Toleranz mithilfe der Zivilgesellschaft vor Ort fördern, vor allem in Ländern, in denen sexuelle Minderheiten gewaltsamen Übergriffen ausgesetzt sind.

Kommentar

Positiv ist, dass das Thema Menschenrechte in allen Programmen einen breiten Raum einnimmt und zum Teil sehr differenziert ausgearbeitet wird. Das Thema Geschlechtergerechtigkeit dagegen findet in den Programmen eine sehr unterschiedliche Berücksichtigung.

5. Finanzierung sichern, um Armut zu reduzieren

Deutschland verpflichtete sich gemeinsam mit anderen Industrieländern dazu, bis zum Jahr 2015 Mittel in Höhe von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für die Entwicklungszusammenarbeit und die humanitäre Hilfe in Form von Official Development Assistance (ODA) bereitzustellen. Obwohl sich die Bundesregierung und die Mehrheit der Abgeordneten des Deutschen Bundestages wiederholt zu diesem Ziel bekannt haben, wird es aller Voraussicht nach nicht bis 2015 erreicht werden.

VENRO erwartet von der Politik, dass sie bereits 2014 die ODA um mindestens 1,2 Milliarden Euro erhöht und einen verbindlichen Plan vorlegt, mit welchen Mitteln das 0,7-Prozent-Ziel bis zum Ende der Legislaturperiode erreicht werden soll.

CDU /CSU	Die CDU/CSU hält am Ziel fest, 0,7 Prozent des BNE für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden. Eine Erhöhung der Mittel muss mit einer weiteren Effizienzsteigerung des entwicklungspolitischen Instrumentariums und der Aufnahmefähigkeit in den Partnerländern einhergehen.
SPD	Die SPD hält am 0,7-Prozent-Ziel fest. Die international vereinbarten Zeitpläne seien infolge der Versäumnisse der jetzigen Bundesregierung nicht zu halten. Die SPD will jährlich eine Milliarde Euro zusätzlich für Entwicklungszusammenarbeit bereitstellen. Sie will neue und innovative Finanzierungsinstrumente in Deutschland und europaweit nutzen, vor allem die Finanztransaktionssteuer.
FDP	Die deutsche Entwicklungspolitik muss der FDP zufolge die Rahmenbedingungen so setzen, dass mehr private Investitionen und mehr zivilgesellschaftliches Engagement ermöglicht werden. Gemeinsam mit dem Privatsektor sollten innovative Finanzierungsinstrumente entwickelt und umgesetzt werden. Die FDP bekennt sich zu den eingegangenen internationalen Vereinbarungen. Die Bewertung der öffentlichen Ausgaben der Entwicklungszusammenarbeit (ODA-Quote) muss nicht nur nach Quantitätssichtspunkten, sondern nach qualitativen Kriterien erfolgen.
DIE LINKE	Die deutschen Gelder für Entwicklungszusammenarbeit müssen endlich auf das international vereinbarte 0,7-Prozent-Ziel angehoben werden. DIE LINKEN sprechen sich dafür aus, dass die Klimafinanztransfers Deutschlands bis 2020 auf sieben Milliarden Euro jährlich ansteigen und zusätzlich zur bestehenden Entwicklungsarbeit bereitgestellt werden. Die Zusage der Bundesregierung aus dem Jahr 2008 über jährlich 500 Millionen Euro für den Biodiversitäts- und Waldschutz muss zudem eingehalten werden.
Bündnis 90/ Die Grünen	Entwicklungs- und Klimafinanzierung werden als sogenanntes »Schlüsselprojekt« aufgeführt (S. 317). Die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit, Krisenprävention und humanitäre Hilfe sollen bis 2017 auf 0,7 Prozent des BNE angehoben werden. Vom Jahr 2014 bis zum Jahr 2017 soll jährlich eine Erhöhung von 1,2 Milliarden Euro für die Entwicklungszusammenarbeit und von 500 Millionen Euro für den internationalen Klimaschutz erfolgen.



Traditionelles Zelt einer mongolischen Familie mit Solarenergienutzung

VENRO erwartet von der Politik, dass sie die baldige Einführung einer europaweiten Finanztransaktionssteuer durchsetzt und sich politisch verpflichtet, einen Teil der Erlöse für die Klima- und Entwicklungsfinanzierung zu verwenden.

CDU /CSU	Die CDU/CSU will möglichst schnell eine Finanztransaktionssteuer einführen mit dem Ziel, dass diese nicht nur in Europa, sondern weltweit gelten soll. Aussagen über die Verwendung der Erlöse werden im Programm nicht getroffen.
SPD	Mit der Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer will die SPD dazu beitragen, kurzfristige Spekulationen zu verteuern und wichtige Einnahmen für Zukunftsprojekte, europäische Wachstumsimpulse und eine faire Weltwirtschaft erzielen. Die Finanztransaktionssteuer soll mit niedrigen Steuersätzen für alle Transaktionen von Aktien, Anleihen, Derivaten und Devisen erhoben werden. Die SPD will zudem Entwicklungsländer beim Aufbau leistungsfähiger Steuersysteme unterstützen.
FDP	Die Finanztransaktionssteuer wird im Programm der FDP indirekt abgelehnt.
DIE LINKE	DIE LINKE fordert die Einführung einer Finanztransaktionssteuer in Höhe von 0,1 Prozent. Die damit erzielten Einnahmen sollen zu gleichen Teilen für eine nachhaltige Entwicklung in den Ländern des Südens und für globalen Klimaschutz einerseits sowie für den sozial-ökologischen Umbau unserer Industriegesellschaft anderseits genutzt werden.
Bündnis 90/ Die Grünen	Die Grünen setzen im Bereich der Entwicklungs- und Klimafinanzierung auf neue Finanzierungsinstrumente, wie die Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer und eine erhöhte Flugticketabgabe. Die Grünen wollen »einen großen Teil der Einnahmen« der Finanztransaktionssteuer in die Bekämpfung der weltweiten Armut und den globalen Klimaschutz fließen lassen (S. 63). Die Finanztransaktionssteuer soll ins Gemeinschaftsrecht und in den EU-Haushalt überführt werden.

Kommentar

Die Ausführungen zum 0,7-Prozent-Ziel sind sehr unterschiedlich. Sie reichen von einem allgemeinen Bekenntnis zur Einhaltung der Verpflichtungen bis zu konkreten Finanzierungs- und Zeitplänen. In vier Programmen wird ausdrücklich die Einführung einer Finanztransaktionssteuer gefordert.

6. Klimawandel eindämmen – Anpassung unterstützen – Energiewende fördern

Der Klimawandel, der überwiegend von den Industriestaaten verursacht wurde, bedroht schon heute die Existenz von Millionen Menschen in Entwicklungsländern. Um den Klimawandel einzudämmen und seine Folgen abzufedern, muss die internationale Staatengemeinschaft entschlossen handeln, unter anderem indem sie sich auf ein ambitioniertes internationales Klimaabkommen einigt. Die künftige Bundesregierung muss den nationalen Klimaschutz verstärken und gleichzeitig die Entwicklungs- und Schwellenländer im Sinne der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung dabei unterstützen, sich an den Klimawandel anzupassen und kohlenstoffarme Entwicklungspfade einzuschlagen.

VENRO erwartet von der Politik, dass sie die CO²-Emissionen in Deutschland bis 2020 um mindestens 40 Prozent reduziert, einen Null-Emissionsfahrplan für die Zeit bis 2050 erstellt und sich dafür einsetzt, dass das Reduktionsziel der EU auf 30 Prozent bis 2020 erhöht wird.

CDU /CSU	<p>Klimaschutz ist für die CDU/CSU eine der »großen Herausforderungen der Menschheit« (S. 81). Deutschland hat aus Sicht der CDU/CSU »seine Klimaschutzverpflichtungen mehr als erfüllt« (S. 81). Der Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase sollte in Europa bis 2020 um 30 Prozent – beschlossen wurden mindestens 20 Prozent – gegenüber 1990 vermindert werden. Deutschland soll mit einem nationalen Minderungsziel von 40 Prozent einen größeren Beitrag leisten. Da Klimaschutz nur gelingen kann, wenn alle Staaten mitmachen, setzt sich die CDU/CSU für eine schrittweise Einbeziehung weiterer Länder in den Emissionshandel ein. Langfristiges Ziel ist ein weltweites Handelssystem.</p> <p>Vorgeschlagen wird ein »Club der Energiewendestaaten«, der Vorreiter einer umwelt- und klimaverträglichen Energieversorgung vereinigt und sich für ein neues verbindliches Klimaabkommen einsetzt (S. 82).</p>
SPD	<p>Um den Klimawandel zu bekämpfen, sollen bis zum Jahr 2050 mindestens 95 Prozent der deutschen CO²-Emissionen im Vergleich zum Basisjahr 1990 abgesenkt werden. Die SPD wird ein verbindliches nationales Klimaschutzgesetz mit Zwischenschritten (40 Prozent Senkung bis 2020, 60 Prozent bis 2030 und mindestens 80 Prozent bis 2040) erarbeiten.</p> <p>In der EU soll der Emissionshandel reaktiviert werden und es soll eine nichtkonditionierte Zusage zur Verminderung der Treibhausgasemissionen bis 2020 um 30 Prozent erfolgen.</p>
FDP	<p>Die FDP unterstützt das Ziel, den CO²-Ausstoß national bis 2020 um 40 Prozent und bis 2050 um 80 bis 95 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren, ebenso befürwortet sie ein verbindliches neues Klimaschutzabkommen. Ziel sollte eine kurzfristige Absenkung der CO²-Emissionen in allen Industriestaaten und eine langfristige Angleichung dieser Emissionen pro Kopf sein. Verpflichtungen sollen sich dabei an Emissionen und Wirtschaftskraft ausrichten, nicht »an einem überkommenen Status als Industrie- oder Entwicklungsland« (S. 70). Bereits gegebene Zusagen zur Finanzierung von Klimaschutzprojekten in Entwicklungsländern sollen eingehalten werden.</p> <p>Um die tropischen Wälder zu schützen, werden »Modelle zur Honorierung vermiedener zulässiger Abholzung, Maßnahmen gegen illegalen Holzeinschlag, die gezielte Armutsbekämpfung in den betroffenen Regionen sowie die Zertifizierung von Holz« vorgeschlagen (S. 72).</p>
DIE LINKE	<p>Die Herausforderungen, die der Klimawandel für Landwirtschaft, Wasserressourcen und Lebensräume hat, müssten solidarisch und global gelöst werden. Die Klimafinanztransfers Deutschlands sollen bis 2020 auf sieben Milliarden Euro jährlich ansteigen und zusätzlich zur bestehenden Entwicklungszusammenarbeit bereitgestellt werden. Daneben muss die Zusage der Bundesregierung aus dem Jahr 2008 über jährlich 500 Millionen Euro für den internationalen Biodiversitäts- und Waldschutz eingehalten werden.</p> <p>In Deutschland solle der Treibhausgasausstoß bis 2020 gegenüber 1990 halbiert und bis 2050 um mindestens 90 Prozent reduziert werden. Dies soll in einem Klimaschutzgesetz festgeschrieben werden.</p>

► Bündnis 90/ Die Grünen	<p>Die Grünen plädieren für eine Vorreiterrolle Deutschlands bei der Bekämpfung des Klimawandels. Als Industriestaat muss Deutschland die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent und stufenweise bis 2050 um 95 Prozent unter das Niveau von 1990 reduzieren. Europa muss zur Union für erneuerbare Energien und Energieeffizienz werden. Das Ziel der Grünen ist es, dass die Europäische Union ihr Klimaschutzziel auf 30 Prozent Emissionsreduktion ohne die Anrechnung von Auslandsprojekten bis 2020 erhöht.</p> <p>Beim Waldschutz setzen sich die Grünen für die Einigung auf ein globales Programm zum Stopp der Degradierung und Zerstörung von Wäldern in Entwicklungs- und Schwellenländern ein. Des Weiteren fordern sie die Ratifizierung und Umsetzung der ILO-Konvention 169 zur Stärkung der Rechte indigener Völker.</p>
-----------------------------	--

VENRO erwartet von der Politik, dass sie Entwicklungs- und Schwellenländer dabei unterstützt, die ordnungspolitischen Strukturen und finanziellen Anreize für Investitionen in eine Energiewende hin zu erneuerbaren Energien und Energieeffizienz zu schaffen. Zugleich müssen vor allem die ärmsten Entwicklungsländer und die ärmsten und verletzlichsten Bevölkerungsgruppen bei der Anpassung an den Klimawandel unterstützt werden.

CDU /CSU	Infolge der demografischen Entwicklung werde der Bedarf an Wasser, Nahrungsmitteln, Energie und Rohstoffen erheblich steigen. Das erfordere die »Entkopplung des weltweiten Wirtschaftswachstums vom Verbrauch an Rohstoffen und Naturgütern sowie ein verantwortungsbewussteres Verhalten der Verbraucher« (S. 82). Zielperspektive sei der Weg zu einer echten Kreislaufwirtschaft.
SPD	Die ärmeren Länder sollen im Kampf gegen den Klimawandel, beim Ausbau erneuerbarer Energien und bei der Herstellung größerer Energieeffizienz unterstützt werden. Die deutschen Finanzzusagen für den Schutz der Wälder und der biologischen Vielfalt will die SPD umsetzen.
FDP	Die FDP will auch in der nächsten Legislaturperiode sicherstellen, dass die Zusagen Deutschlands zur Finanzierung von Klimaschutzprojekten in Entwicklungsländern eingehalten werden und der Einsatz der vergebenen Mittel kontrolliert wird. Den Dialog über die wirtschaftlichen Chancen einer emissionsarmen Modernisierung wollen die Liberalen weiter voranbringen und die Kommunikation der Energiewende im Ausland stärken. Dazu soll die deutsche Außenpolitik mit den notwendigen Mitteln ausgestattet werden.
DIE LINKE	Die Herausforderungen, die der Klimawandel für Landwirtschaft, Wasserressourcen und Lebensräume hat, müssen nach Ansicht der LINKEN solidarisch und global gelöst werden. Der Klimafinanztransfer Deutschlands müsse bis 2020 auf sieben Milliarden Euro jährlich ansteigen.
Bündnis 90/ Die Grünen	<p>Um die Entwicklungs- und Schwellenländer bei ihren Anstrengungen zur Anpassung an den Klimawandel und zum Schutz des Klimas zu unterstützen, sollen der Technologietransfer vertieft und das notwendige Know-how zur Verfügung gestellt werden.</p> <p>Um die globale Energiewende zu forcieren, kämpfen die Grünen gegen Energiearmut und für erneuerbare Energie für alle. Dies soll durch einen Wissens- und Technologietransfer in großem Stil umgesetzt werden.</p>

Kommentar

Alle Programme fordern eine weitere Reduzierung der CO²-Emissionen in Deutschland und in der EU, wenn auch in unterschiedlicher Höhe und mit verschiedenen Zeiträumen.

7. Ernährungssouveränität fördern – Hunger bekämpfen

Noch immer hungern mehr als 870 Millionen Menschen weltweit. Es gilt daher zum einen, die Landwirtschaft und die Entwicklung im ländlichen Raum in Entwicklungsländern zu fördern. Zum anderen müssen auf globaler Ebene Entwicklungen eingedämmt werden, die das Recht auf Nahrung untergraben.

VENRO erwartet von der Politik, dass sie sich dafür einsetzt, das Recht auf Nahrung umzusetzen, Spekulationen mit Nahrungsmitteln durch gesetzliche Regelungen einzuschränken und die Beimischungsquote für Biokraftstoffe auf nationaler und europäischer Ebene abzuschaffen.

CDU /CSU	Die CDU/CSU will die Erforschung neuartiger Energiepflanzen als Alternative zum Mais ausbauen und sich für die Fortführung der Beimischungsquoten im Biokraftstoffbereich einsetzen. Die CDU/CSU konzentriert sich in der Entwicklungspolitik auf die Schlüsselbereiche nachhaltiger Entwicklung und die Bekämpfung der Armut, dabei ist auch Ernährungssicherheit ein zentrales Thema.
SPD	Die SPD will den Hunger bekämpfen und Ernährungssicherheit verwirklichen. Deshalb sollen alle Möglichkeiten genutzt werden, um die Spekulation mit Nahrungsmitteln zu verhindern.
FDP	Die FDP will bei den Biokraftstoffen darauf achten, dass es nicht zu einer Konkurrenz zwischen Tank und Teller kommt. Im Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitären Einrichtungen sieht die FDP eine wesentliche Voraussetzung für Gesundheit und Ernährungssicherheit. Entsprechende Initiativen auf Ebene der UN will die FDP unterstützen.
DIE LINKE	Land- und forstwirtschaftliche Produkte dürfen aus Sicht der Partei DIE LINKE nur eingeführt werden, wenn sie nachweislich fair und nachhaltig produziert wurden. Der Import von Biokraftstoff muss verboten werden, weil er die Ernährung der Menschen und die biologische Vielfalt im Globalen Süden gefährdet. Die Aneignung großer Landflächen sei generell zu unterbinden, insbesondere in ärmeren Ländern. »Eine hohe Eigenversorgung der landwirtschaftlichen Erzeugung auf nationaler und europäischer Ebene durch optimale Nutzung der natürlichen, ökonomischen und personellen Ressourcen sehen wir als unseren solidarischen Beitrag zur Lösung der Welternährungsprobleme.« (S. 70) DIE LINKE fordert die Ablösung von Sojaimporten, lehnt die Exportorientierung der EU-Agrarwirtschaft ab und plädiert für eine »sozial-ökologisch auf regionale Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung« orientierte Ausrichtung der Landwirtschaft (S. 70). Spekulationen mit Nahrungsmitteln müssen aus Sicht der LINKEN unterbunden werden.
Bündnis 90/ Die Grünen	Die Grünen streben bei der Hungerbekämpfung ressortübergreifende Strategien zur Verwirklichung des Rechts auf Nahrung und für mehr Ernährungssouveränität an. Dazu zählen neben der Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft und Fischerei auch Wertschöpfung vor Ort und soziale Sicherungssysteme. Gefordert werden ebenso Maßnahmen gegen das »Land Grabbing« und gegen die Spekulation mit Nahrungsmitteln. Angesichts von Hunger- und Naturkatastrophen sollen die Mittel für die humanitäre Hilfe deutlich erhöht werden. EU-Exportsubventionen sollen abgeschafft werden. Die EU-Agrarpolitik dürfe nicht durch Dumpingpreise bei Lebensmitteln die Märkte in Entwicklungsländern ruinieren.

Kommentar

Das zentrale entwicklungspolitische Thema »Bekämpfung des Hungers, Recht auf Nahrung, Ernährungssouveränität« wird in den Programmen von CDU/CSU, SPD und FDP nur sehr kurz und etwas randständig behandelt.

8. Soziale Grunddienste stärken

Der Zugang zu sozialen Grunddiensten wie Gesundheit und Bildung ist wesentlich für die Entwicklung von Gesellschaften. Noch immer bleibt das Recht auf Gesundheit und Bildung Millionen Menschen verwehrt. Obwohl etwa bei der Eindämmung von HIV/Aids Fortschritte verzeichnet werden konnten, wurden viele der gesundheitsbezogenen MDG nicht erreicht. Und trotz gestiegener Einschulungsraten hatten 2010 noch immer mehr als 130 Millionen Kinder weltweit keinen Zugang zur Grund- und Sekundarschule. Ungefähr 796 Millionen Erwachsene sind Analphabeten. Gleichzeitig stellt die mangelnde Qualität der Bildung eine enorme Herausforderung dar. 250 Millionen Kinder im Grundschulalter können weder lesen noch schreiben, obwohl sie eine Schule besuchen.

VENRO erwartet von der Politik, dass sie sich für das Menschenrecht auf Bildung und Gesundheit einsetzt und die Mittel für diese sozialen Grunddienste erheblich steigert. Die Schaffung menschenwürdiger Arbeit sowie der Auf- und Ausbau sozialer Sicherungssysteme müssen besonders gefördert werden, auch für den informellen Sektor.

CDU /CSU	Die CDU/CSU betrachtet die Umsetzung der MDG als einen Schwerpunkt der Entwicklungszusammenarbeit. Förderung von Bildung und Gesundheit sind für die CDU/CSU Schlüsselbereiche für nachhaltige Entwicklung und die Bekämpfung von Armut.
SPD	Das Programm bezieht sich positiv auf die »Decent Work Agenda« der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und kündigt Hilfen beim Auf- und Ausbau sozialer Sicherungssysteme an. Bezugspunkt hierbei ist das UN-Konzept des »Social Protection Floor«. Abgelehnt werden ungerechte und unmenschliche Produktionsweisen, die klar gegen die elementaren Kernarbeitsnormen der ILO sowie gegen die internationalen Umweltstandards verstoßen. Die EU-Handelsabkommen müssten an die Einhaltung und Überwachung der ILO-Kernarbeitsnormen gekoppelt werden. Für eine Überwindung von Ungleichheiten in den Gesellschaften sei die Schaffung von guter Arbeit notwendig. Hinzukommen müssten Investitionen in landwirtschaftliche Entwicklung, Hilfen beim Auf- und Ausbau sozialer Sicherungssysteme sowie Initiativen zur Gleichstellung von Männern und Frauen.
FDP	Der möglichst frühe und lebenslange Zugang zu individueller Bildung und Weiterbildung für alle ist für die FDP eine der wichtigsten Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben. Die FDP setzt sich für die Umsetzung integrierter Entwicklungskonzepte vor allem in den Bereichen Bildung, ländliche Entwicklung, Wirtschaft, Umwelt, Gesundheit und soziale Sicherheit ein.
DIE LINKE	DIE LINKE will deutsche Konzerne in die Pflicht nehmen, die sozialen und demokratischen Rechte weltweit zu wahren. Durch gesetzliche Regelungen, durch Transparenz und Rechenschaftspflicht kann verhindert werden, dass in Deutschland Waren verkauft werden, die unter unmenschlichen Bedingungen produziert werden. Die Einfuhr von Produkten aus Kinderarbeit soll unterbunden werden. DIE LINKE fordert eine gesetzliche Verpflichtung zur Offenlegung aller Zulieferer für deutsche Firmen, sowohl über Rohstoffe wie auch über die Produktions- und Arbeitsbedingungen.
Bündnis 90/ Die Grünen	Als Beitrag zu einer weltweiten sozialen Wende wollen die Grünen gute Arbeit sowie den Ausbau sozialer Sicherungssysteme und Grunddienste zu einem Schwerpunkt der Entwicklungszusammenarbeit machen. So soll unter anderem das Menschenrecht auf Wasser, Bildung und Gesundheit und damit auch der Kampf gegen HIV/Aids vorangetrieben werden.

Kommentar

In den Programmen – mit Ausnahme der SPD – wird den Themen Förderung von menschenwürdiger Arbeit und Aufbau sozialer Sicherungssystemen als Aufgabe der Entwicklungspolitik keine besonders große Aufmerksamkeit gewidmet.

9. Fragile Staaten stärken – Krisen und Konflikten vorbeugen – humanitäre Hilfe leisten

In fragilen Staaten und Staaten in Konfliktsituationen sind die MDG besonders weit von der Umsetzung entfernt. Hier fehlen mit Frieden und Sicherheit wichtige Voraussetzungen für Entwicklung. Entwicklungspolitik kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, anhaltenden Frieden im Sinne menschlicher Sicherheit zu schaffen sowie Krisen und Konflikten vorzubeugen.

VENRO erwartet von der Politik, dass sie Maßnahmen zur Krisenprävention [Aktionsplan »Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung«] weiterentwickelt, die Mittel für diesen Bereich stetig erhöht und den Zivilen Friedensdienst als Instrument zur effektiven Bearbeitung von gewaltförmigen Konflikten in Krisenländern stärkt.

CDU /CSU	Die Entwicklungs-und Menschenrechtspolitik müsse stärker nachhaltig stabilisierend wirken. Dabei setzt die CDU/CSU auf die Teilhabe der Zivilgesellschaft, auch in Bezug auf Kooperationsmöglichkeiten mit fragilen Staaten.
SPD	Zivile Krisenprävention und Konfliktregelung sollen wieder Vorrang in der deutschen und europäischen Außenpolitik haben. Dazu gehört auch eine übergreifende, abgestimmte und umfassende Strategie, um Strukturen und Entscheidungsprozesse effektiver zu gestalten. Das Konzept »Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung« soll weiterentwickelt sowie der Zivile Friedensdienst gestärkt werden.
FDP	Im Rahmen der zivilen Krisenprävention und beim Wiederaufbau staatlicher Strukturen nach einer Krise legt die FDP einen Schwerpunkt auf die Stärkung des Aufbaus von zivilen Fähigkeiten (Verwaltung, Justiz, Polizei). Sie will die Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit, den Aufbau wirtschaftlicher Partnerschaften, die polizeiliche und rechtsstaatliche Zusammenarbeit sowie die Förderung grenzüberschreitender Zusammenarbeit zur Konflikt- und Krisenprävention im Sinne eines kohärenten Politikansatzes stärken.
DIE LINKE	DIE LINKE lehnt eine Verknüpfung von zivilen und militärischen Maßnahmen ab. Die Einbindung von Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe in Aufstandsbekämpfungsstrategien – wie etwa in Afghanistan – verhindere Entwicklung, widerspräche dem Gebot der Neutralität und gefährde sowohl die Bevölkerung als auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Entwicklungsorganisationen. Projekte zum Ausbau der zivilen Konfliktbearbeitung in den Ländern des Südens sollen umfassend gefördert werden. DIE LINKE will die Mittel für den Zivilen Friedensdienst aufstocken. Die Zahl der derzeit 300 Friedensfachkräfte im Einsatz will sie bis 2017 auf mindestens 600 erhöhen.
Bündnis 90/ Die Grünen	Der Aktionsplan Zivile Krisenprävention soll an die heutigen friedenspolitischen Herausforderungen angepasst werden, der zuständige Ressortkreis mehr Gewicht und Haushaltsmittel erhalten. Die Kapazitäten des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze (ZIF), des Zivilen Friedensdienstes und zivilgesellschaftlicher Programme müssten erweitert und ihre Mittel verdoppelt werden.

VENRO erwartet von der Politik, dass sie ein nationales Rüstungsexportkontrollgesetz vorlegt, das einen klaren Bezug zur Menschenrechtslage in den importierenden Staaten herstellt und die parlamentarische Kontrolle sichert.

CDU /CSU	Beim Rüstungsexport soll an den geltenden strengen Richtlinien für die Ausfuhr von Rüstungsgütern festgehalten werden. Eine Angleichung der Rüstungsexportrichtlinien innerhalb der EU wird befürwortet.
SPD	Die SPD will die restriktiven Exportrichtlinien der rot-grünen Regierungszeit wieder einführen. Rüstungsexporte in Krisengebiete und in Länder, in denen die Menschenrechte massiv missachtet und verletzt werden, werden abgelehnt, ebenso eine Ausweitung von Rüstungsexporten aus wirtschaftlichen Gründen und als Ersatz für eine gestalterische Außenpolitik. Die SPD fordert, ein parlamentarisches Gremium im Deutschen Bundestag zu schaffen, »das bei zentralen Waffenexportentscheidungen die Bundesregierung kontrolliert und das zeitnah Transparenz gegenüber Parlament und Öffentlichkeit herstellen kann« (S. 110).
FDP	Die FDP setzt sich ein für ein parlamentarisches Gremium mit vollumfänglichen Auskunftsrechten, das die Entscheidungen des Bundessicherheitsrats kontrolliert. Der Rüstungsexportbericht soll künftig zeitnah im direkten Anschluss an den Berichtszeitraum veröffentlicht werden. Die Kontrolle über den weiteren Verbleib und die Verwendung exportierter Waffen und Rüstungsgüter ist auszubauen.
DIE LINKE	DIE LINKE fordert den Rückzug aller deutschen Soldatinnen und Soldaten aus den Auslandseinsätzen und ein Verbot von Rüstungsproduktion und Rüstungsexporten. Sie will die Rüstungsindustrie auf zivile Produktion umbauen, sodass die Arbeit der Beschäftigten nicht im Dienste von Krieg und Zerstörung steht. Statt Milliarden für Rüstung und Militär auszugeben, sollen alternative Energien, der öffentliche Verkehr mit neuen Verkehrssystemen und die öffentliche Daseinsvorsorge ausgebaut werden. DIE LINKE will mit gesellschaftlichen Partnerinnen und Partnern aus Gewerkschaften, Kirchen und der Friedensbewegung unter anderem in eine neue Debatte über Konversionsprogramme für die Beschäftigten in der Rüstungsindustrie eintreten, um neue Arbeitsplätze zu schaffen.
Bündnis 90/ Die Grünen	»Keine Rüstungsprojekte zu Lasten von Menschenrechten« wird von den Grünen zum Schlüsselprojekt erklärt (S. 317). Sie wollen ein verbindliches und restriktives Rüstungsexportgesetz einführen, das deutsche Rüstungsexporte nur nach klaren Kriterien erlaubt. Der Bundessicherheitsrat soll in seiner jetzigen Form abgeschafft werden, stattdessen soll die gesamte Bundesregierung im Konsensprinzip über Rüstungsexporte entscheiden. Das Parlament und die Öffentlichkeit sollen umgehend über die getroffenen Entscheidungen informiert werden. Zudem soll ein parlamentarisches Gremium die Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung kontrollieren und bei Entscheidungen über sensible Exporte ein aufschiebendes Veto einlegen können. Hermes-Bürgschaften für Rüstungsexporte sollen prinzipiell verboten werden, genauso wie der Export von Produktionslizenzen für Kriegswaffen an Drittstaaten.

Kommentar

Nach allen Programmen sollen Zivile Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Wiederaufbau politisch ein stärkeres Gewicht bekommen. Bis auf die CDU/CSU sehen alle Parteien erheblichen Handlungsbedarf bei der Erhöhung der Transparenz, der parlamentarischen Kontrolle und einer restriktiveren Praxis bei Rüstungsexporten.

10. Entwicklungspolitische Bildungs- und Inlandsarbeit ausbauen

Armut, Hunger, Krankheiten und Klimawandel sind globale Herausforderungen. Sie können nur bewältigt werden, wenn Menschen weltweit bereit sind, die notwendigen ökonomischen, sozialen, ökologischen und politischen Veränderungen aktiv mitzutragen und zu gestalten. Die entwicklungspolitische Bildungs- und Inlandsarbeit leistet einen wichtigen Beitrag dazu, in der hiesigen Bevölkerung das Verständnis für entwicklungspolitische und globale Zusammenhänge und somit die Unterstützung für die notwendigen Transformationen zu erhöhen. In Zukunft muss diese Arbeit personell und finanziell deutlich ausgebaut werden.

VENRO erwartet von der Politik, dass sie mittelfristig zwei Prozent der ODA-Mittel für die entwicklungspolitische Bildungs- und Inlandsarbeit bereitstellt.

CDU /CSU

Engagierte Bürger seien die wichtigsten Anwälte einer starken Entwicklungspolitik. Staatliche und nicht-staatliche Entwicklungszusammenarbeit ergänzten sich wirkungsvoll. Die CDU/CSU will deshalb die Zusammenarbeit mit den Kirchen, den entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (NRO) und den politischen Stiftungen verbreitern und vertiefen. Dies gilt auch für wohltätige Förderer und Stiftungen, die die internationale Entwicklungszusammenarbeit zunehmend beeinflussen.

SPD

Die SPD hebt die Bedeutung der Zivilgesellschaft bei der Erreichung der MDG hervor, gerade auch in fragilen Staaten. Auch eine neue Weltinnenpolitik erfordere jenseits der staatlichen Zusammenarbeit die zivilgesellschaftliche Beteiligung. Die SPD will gemeinsam mit den Gruppen der Zivilgesellschaft, sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Kirchen und ihren Entwicklungsorganisationen die Zukunft im Sinne globaler Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit gestalten. Das Freiwilligenprogramm »weltwärts« soll als wertvoller Beitrag zur entwicklungspolitischen Bildungsarbeit ausgebaut werden.

FDP

Die Liberalen »setzen in der Entwicklungszusammenarbeit bewusst auf das breite zivilgesellschaftliche Engagement aus der Mitte der Gesellschaft« (S. 92). Deshalb haben sie die Mittel für Kirchen, NRO und Stiftungen erhöht. Für alle, die sich entwicklungspolitisch engagieren wollen, wurde eine einzige Anlaufstelle geschaffen. Das Ziel der FDP ist eine Verdopplung der Zahl der Menschen, die sich in der Entwicklungszusammenarbeit engagieren. Die FDP möchte »das viel zu negative Afrika-Bild in Deutschland korrigieren und die entwicklungspolitische Bildungsarbeit entsprechend neu ausrichten« (S. 92).

DIE LINKE

Die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft wird wiederholt betont. Zu Inlands- und Bildungsarbeit finden sich keine expliziten Aussagen.

Bündnis 90/ Die Grünen

Die wichtige Bedeutung der Zivilgesellschaft wird bezogen auf die Entwicklungszusammenarbeit, die Menschenrechtspolitik oder die Gestaltung der Globalisierung hervorgehoben. Zur entwicklungspolitischen Bildungs- und Inlandsarbeit finden sich keine expliziten Aussagen.

Kommentar

Die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft wird in den Programmen wiederholt betont. Es gibt aber nur wenig konkrete Hinweise darauf, wie die Zivilgesellschaft und die entwicklungspolitische Inlands- und Bildungsarbeit gestärkt werden könnten.

Quellen

Wahlprogramme:

CDU/CSU: »Gemeinsam erfolgreich für Deutschland. Regierungsprogramm 2013-2017«
www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/cdu_regierungsprogramm_2013-2017.pdf

SPD: »Das Wir entscheidet. Das Regierungsprogramm 2013-2017«
www.spd.de/linkableblob/96686/data/20130415_regierungsprogramm_2013_2017.pdf

FDP: »Bürgerprogramm 2013 – Damit Deutschland stark bleibt. Nur mit uns.«
www.fdp.de/files/565/B_rgerprogramm_A5_Online-Fassung.pdf

DIE LINKE: »100 % sozial - Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013«
www.die-lin-ke.de/fileadmin/download/wahlen2013/bundestagswahlprogramm/bundestagswahlprogramm2013.pdf

Bündnis 90/Die Grünen: »Zeit für den grünen Wandel – Teilhaben. Einmischen. Zukunft schaffen. Bundestagswahlprogramm 2013«
www.gruene.de/partei/gruenes-wahlprogramm-2013.html

VENRO:
Positionspapier zur Bundestagswahl 2013 »Die Welt von morgen – gerecht, global, gemeinsam«
www.venro.org/bundestagswahl/bundestagswahl/



Kaffeeernte in Kolumbien

VENRO-Mitglieder

- A**
- action medeor
 - ADRA Deutschland
 - Ärzte der Welt
 - Aktion Canchanabury
 - AMICA e.V.
 - Andheri-Hilfe Bonn
 - Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland
 - Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke in Deutschland (agl)
 - Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland (aej)
 - Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsethnologie
 - Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH)
 - arche noVa
 - ASW – Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt
 - AT-Verband
 - AWO International
- B**
- Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit (bezev)
 - BONO-Direkthilfe
 - Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst
 - Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein (BEI)
 - Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)
 - Bundesvereinigung Lebenshilfe
- C**
- CARE Deutschland-Luxemburg
 - Caritas International
 - Casa Alianza Kinderhilfe Guatemala
 - ChildFund Deutschland
 - Christliche Initiative Romero
 - Christoffel-Blindenmission Deutschland
- D**
- Das Hunger Projekt
 - Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB)
 - Deutsche Entwicklungshilfe für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen (DESWOS)
 - Deutsche Kommission Justitia et Pax
 - Deutsche Lepra- und Tuberkulosehilfe (DAHW)
 - Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW)
 - Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
 - Deutsches Komitee für UNICEF
 - Deutsches Komitee Katastrophenvorsorge
 - Deutsches Rotes Kreuz*
 - DGB-Bildungswerk – Nord-Süd-Netz
 - Difäm
 - Don Bosco Mondo
 - dvv international – Institut für Internationale Zusammenarbeit des deutschen Volkshochschul-Verbandes*
- E**
- Eine Welt Netz NRW
 - Eine Welt Netzwerk Hamburg
 - EIRENE – Internationaler Christlicher Friedensdienst
 - Evangelische Akademien in Deutschland (EAD)
- F**
- Fairventures Worldwide
 - FIAN Deutschland
 - FUTURO SI
- G**
- Gemeinschaft Sant'Egidio
 - German Doctors e.V.
 - German Toilet Organisation (GTO)
 - Germanwatch
- H**
- Habitat for Humanity Deutschland
 - Handicap International
 - Help – Hilfe zur Selbsthilfe*
 - HelpAge Deutschland
 - Hilfswerk der Deutschen Lions
 - Hoffnungszeichen / Sign of Hope
 - humedica
- I**
- Indienhilfe
 - INKOTA-netzwerk
 - Internationaler Hilfsfonds
 - Internationaler Ländlicher Entwicklungsdienst (ILD)
 - Internationaler Verband Westfälischer Kinderdörfer
 - Islamic Relief Deutschland
- J**
- Johanniter-Auslandshilfe
- K**
- Kairos Europa
 - Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie
 - KATE – Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung
 - Kindernothilfe
 - Kinderrechte Afrika
- L**
- Lateinamerika-Zentrum
 - Lichtbrücke
- M**
- Malteser International
 - Marie-Schlei-Verein
 - mterra – Stiftung Frau und Gesundheit
 - medica mondiale
 - medico international
 - MISEREOR
- N**
- NETZ Bangladesch
- O**
- Ökumenische Initiative Eine Welt
 - OIKOS EINE WELT
 - Opportunity International Deutschland
 - Ora International Deutschland
 - Oxfam Deutschland
- P**
- Plan International Deutschland
- R**
- Rhein-Donau-Stiftung
- S**
- Salem International
 - Samhathi – Hilfe für Indien
 - Save the Children Deutschland
 - Senegalhilfe-Verein
 - Senior Experten Service (SES)
 - Society for International Development (SID)
 - SODI – Solidaritätsdienst-international
 - Sozial- und Entwicklungshilfe des Kolpingwerkes (SEK)
 - Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF)
 - Stiftung Nord-Süd-Brücken
 - SÜDWIND – Institut für Ökonomie und Ökumene
 - Susila Dharma – Soziale Dienste
- T**
- Terra Tech Förderprojekte
 - TERRE DES FEMMES
 - terre des hommes Deutschland
 - Tierärzte ohne Grenzen
 - TransFair
- V**
- Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen (VEN)
 - Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs (VENROB)
- W**
- Weltfriedensdienst
 - Weltgebetstag der Frauen – Deutsches Komitee*
 - Welthaus Bielefeld
 - Welthungerhilfe
 - Weltladen-Dachverband
 - Weltnotwerk der KAB Deutschlands
 - Werkhof
 - Werkstatt Ökonomie
 - World University Service
 - World Vision Deutschland
 - W. P. Schmitz-Stiftung
- Z**
- Zukunftsstiftung Entwicklungshilfe bei der GLS Treuhand

VENRO hat zurzeit 118 Mitglieder

* Gastmitglied

(Stand: Juli 2013)

Impressum

Herausgeber:

Verband Entwicklungspolitik deutscher
Nichtregierungsorganisationen e. V. (VENRO)
Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstraße 201
53113 Bonn

Tel.: 0228/9 46 77-0

Fax: 0228/9 46 77-99

E-Mail: sekretariat@venro.org

Internet: www.venro.org

Deine Stimme gegen Armut – Entwicklung braucht Beteiligung
c/o VENRO Büro Berlin
Chausseestr. 128/129
10115 Berlin

Telefon: 030 / 24 78 15 73

Fax: 030 / 28 04 66 72

E-Mail: deinestimmegegenarmut@venro.org

Internet: www.deine-stimme-gegen-armut.de

Redaktion: Lena Bullerdieck, Claus Körting (verantwortlich)

Endredaktion: Kirsten Prestin

Fotonachweis: flickr/Daniela Hartmann (Cover), UN Photo/Marco Dorminoo (S. 3),
UN Photo/Kibae Park (S. 4), UN Photo/Martine Perret (S. 6; S. 12), UN Women/Gaganjit
Singh (S. 15), UN Photo/Eskinder Debebe (S. 17), UN Photo/Jerry Frank (S. 25)

Layout: Irmgard Hofmann (KAVA-DESIGN)

Druck: dieUmweltDruckerei GmbH

Diese Broschüre wurde klimaneutral mit Druckfarben auf Basis
nachwachsender Rohstoffe auf 100 % Recyclingpapier gedruckt.

Auflage: 1.000 Exemplare

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers

Berlin, August 2013

Mit finanzieller Unterstützung des BMZ.

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.

VENRO ist der Dachverband der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (NRO) in Deutschland. Der Verband wurde im Jahr 1995 gegründet, ihm gehören rund 120 Organisationen an. Sie kommen aus der privaten und kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Humanitären Hilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit.



Das zentrale Ziel von VENRO ist die gerechte Gestaltung der Globalisierung, insbesondere die Überwindung der weltweiten Armut. Der Verband setzt sich für die Verwirklichung der Menschenrechte und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ein.

VENRO

- vertritt die Interessen der entwicklungspolitischen NRO gegenüber der Politik
- stärkt die Rolle von NRO und Zivilgesellschaft in der Entwicklungspolitik
- vertritt die Interessen der Entwicklungsländer und armer Bevölkerungsgruppen
- schärft das öffentliche Bewusstsein für entwicklungspolitische Themen

VENRO – Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.
www.venro.org

Das VENRO-Projekt »Deine Stimme gegen Armut – Entwicklung braucht Beteiligung«

Als Dachverband entwicklungspolitischer NRO in Deutschland hat VENRO es sich zum Ziel gesetzt, die Debatte über Fragen zukunftsfähiger Entwicklung aktiv mitzugestalten. Wir wollen in der Diskussion mit anderen gesellschaftlichen Akteuren ein Verständnis von Entwicklung erarbeiten, das aus unserer Sicht zukunftsfähig ist, und dieses in Politik und Öffentlichkeit verankern. Dazu organisiert das Projekt »Deine Stimme gegen Armut – Entwicklung braucht Beteiligung« den Diskurs im Verband und trägt ihn in die Öffentlichkeit.

Mit Kampagnenarbeit soll die breite Bevölkerung – insbesondere junge Menschen bis 29 – aktiviert werden, sich öffentlich wirksam für die Erreichung von Entwicklungszielen zu engagieren. Ein weiterer wichtiger Baustein des Projektes ist die Informations- und Dialogarbeit. Hierdurch soll ein zivilgesellschaftliches Verständnis von zukunftsfähiger Entwicklung erarbeitet und in der Gesellschaft verankert werden. Regelmäßige Hintergrundpapiere, öffentliche Diskussionen und Dialogforen sollen Gelegenheit bieten, Erfahrungen auszutauschen und Informationen zu vertiefen. Die erarbeiteten Positionen werden in den Dialog mit politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern eingebracht.

Das Projekt wird seit Juni 2012 vom Berliner VENRO-Büro aus gesteuert.

Deine Stimme gegen Armut ist die deutsche Plattform des »Global Call to Action Against Poverty« (GCAP), einem internationalen Bündnis, in dem sich Organisationen, Vereine, Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, Prominente und Millionen Menschen in mehr als 100 Ländern für ein Ende der Armut engagieren.

www.deine-stimme-gegen-armut.de